

17. September 2016: Demos in sieben Städten

CETA: Nicht mit uns!



Foto: Helga Reimund

Während TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, noch heftig diskutiert wird, liegt CETA, das Pendant zwischen der EU und Kanada, seit Februar fertig verhandelt vor. Alle Zumutungen, die von den TTIP-BefürworterInnen immer bestritten werden, sind schwarz auf weiß nachzulesen – seit kurzem auch auf Deutsch.

- Investorenfreundliche Paralleljustiz? Drin!
- Verbindliche Einhaltung der Kernarbeitsnormen? Fehlzanzeige!
- Umfassender Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge? Fehlzanzeige!
- Verbraucherschutz, Datenschutz, Umweltschutz? Fehlzanzeige!

Freuen können sich zum Beispiel Finanzdienstleister. Ihnen wird der volle Investorenschutz gewährt. Notwendige Reregulierungen sind damit für die Zukunft ausgeschlossen. Das würde einfach zu teuer!

Freuen können sich beispielsweise auch Hersteller genmanipulierten Saatguts. Das Vorsorgeprinzip wurde ausgehebelt. Für Verbote von genmanipulierten Produkten und den passenden

Pestiziden muss nach CETA deren Schädlichkeit bewiesen werden. Bisher mussten die Hersteller die Unbedenklichkeit nachweisen.

CETA gewährt Konzernen einen einseitigen Schutz ihrer Gewinninteressen vor unserem Recht auf ein gutes Leben und eine gesunde Umwelt. Es greift so stark in die Souveränität der Staaten ein, dass es letztlich um die Frage marktkonforme Demokratie oder demokratiekompatibler Markt geht.

Und während sich alle in die Sommerpause verabschieden, sollen in Brüssel noch schnell ein paar Pflöcke eingeschlagen werden. Der Handelsausschuss des EU-Rats empfiehlt die vorläufige Anwendung von CETA während des Ratifizierungsverfahrens auf der Ebene der Mitgliedsstaaten. Damit würde das Abkommen am Bundestag und den anderen Parlamenten vorbei in Kraft gesetzt werden. Ob das Abkommen wieder außer Kraft gesetzt würde, wenn einzelne Parlamente nicht zustimmen, ist mehr als fraglich.

Darum ist es umso wichtiger, dass wir unseren Protest am 17. September auf die Straße tragen: Kommt nach Berlin, Hamburg, Frankfurt am

Inhalt

Hintergrund

Welcome2Stay – 2 –

Rechtsruck in Österreich – 3 –

Europa

Sozialabbau in Frankreich – 4 –

Reaktionen auf den Brexit – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Engagement für Geflüchtete – 8 –

Interview

Ende Gelände – 9 –

Aktiv

Gemeinnützigkeit – 10 –

Bündnis gegen Rassismus – 10 –

Kiosk

Neues Bildungsmaterial – 11 –

Main, Köln, Leipzig, München oder Stuttgart, um gemeinsam ein starkes Zeichen gegen TTIP und CETA zu setzen!

Auf dem Spiel stehen hart erkämpfte Standards in allen Bereichen von Altenpflege, Artenvielfalt und Arbeitnehmerrechten über Mindestlohn und Mietpreislösung bis zu Umwelt- und Verbraucherschutz. Wachstumszwang als Wirtschaftsmodell wird festgeschrieben, Klimaschutz wird ein Handelshemmnis.

Unsere Welt verändert sich rasant. Mit Abkommen wie CETA gäbe es kaum noch Möglichkeiten, auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren. Andere als marktwirtschaftliche Lösungen für neue Herausforderungen wären für alle Zukunft ausgeschlossen.

Das lassen wir nicht mit uns machen!

Helga Reimund, Attac Berlin und TTIP-Kampagnengruppe

www.attac.de/ceta

Welcome2Stay

800 Geflüchtete, Initiativen und NGOs starteten in Leipzig einen Prozess für mehr Austausch, Vernetzung und gemeinsame Positionen



Foto: welcome2stay.org

Nach anstrengenden Wochen der Vorbereitung waren wir sehr gespannt, wie das erste bundesweite Zusammentreffen der Bewegungen des Willkommens, des Antirassismus und der Solidarität vom 10. bis 12. Juni in Leipzig werden würde. Am Schluss war das Echo eindeutig. Es waren drei großartige Tage, mit spannenden Diskussionen in bis zu fünf Sprachen und persönlichen Begegnungen, in einem Klima großer Offenheit, Solidarität und gegenseitiger Wertschätzung.

Gekommen waren Menschen aus Willkommensinitiativen, aus antirassistischen und migrationspolitischen Gruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dieses breite Spektrum und die Zahl von über 800 Teilnehmenden überstiegen unsere Erwartungen. Besonders erfreulich war die starke Beteiligung von weitgehend selbstorganisierten Geflüchteten, die im Verlauf des Treffens zunehmend das Wort ergriffen und ihre Erfahrungen und Anliegen vortrugen.

Zu den diskutierten Themen gehörten die Gefahren und Ängste auf der Flucht, aber auch die Solidarität unterwegs und in Deutschland, die ausweglose Situation in den Herkunftsländern als zentraler Fluchtgrund und das geringe Interesse daran in Deutschland. Es ist eine Erfahrung vieler Geflüchteter, dass sie politisiert und organisiert hier ankommen und dann auf ein System stoßen, welches ihnen kaum Eigeninitiative zugesteht, sie vielmehr bevormundet und entpolitisiert.

Natürlich gab es auch kontroverse Standpunkte – beispielsweise zu der Frage, ob eine Zusammenarbeit zwischen Geflüchteten und UnterstützerInnen auf Augenhöhe existiert. Und wenn nicht, wie sie angesichts unterschiedlicher Erfahrungen, eingeschränkter sprachlicher Möglichkeiten und des Wissens bzw. Nichtwissens über

das Funktionieren von bürokratischer Hilfe und Reglementierung möglich wäre. Kann es bei der unterschiedlichen Gewährung von Rechten und Privilegien für Deutsche und Geflüchtete ein umfassendes „Wir“ geben? Es war von gläsernen Wänden die Rede, aber auch davon, dass diese im Verlauf des Treffens zunehmend durchlässiger wurden – beim Essen, in Pausengesprächen, in Workshops.

Auch über die staatlich gewollte Spaltung wurde gesprochen, über die Unterscheidung zwischen willkommenen und nicht-willkommenen Geflüchteten, der ungleichen Behandlung beispielsweise von Menschen aus Syrien mit guter, so genannter Bleiberechtsperspektive und Menschen aus Afghanistan ohne diese Perspektive. Oder über die Verzweiflung bis hin zum Selbstmord unter den vielen Geflüchteten aus Subsahara Afrika, die häufig seit über zehn Jahren hier in Lagern leben und deren Hoffnung auf ein normales Leben immer geringer wird. Was bedeutet diese Einteilung der Geflüchteten für die praktische Arbeit, und wie können wir politisch damit umgehen?

Beim abschließenden Podium stimmten wir darin überein, dass es bei allen Differenzen doch überwiegend Gemeinsamkeiten gibt und vereinbarten die folgenden, grundlegenden Forderungen:

- Wir stehen ein für das Recht zu kommen, zu bleiben und zu gehen – selbstbestimmt und nicht nach irgendwelchen Kennziffern in den Ministerien.
- Wir streiten für gleiche politische und soziale Rechte, für eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben, und zwar für alle Menschen, die hier leben – unabhängig davon, welchen Pass sie haben.

Wir wissen zwar, dass diese Rechte in Europa den Menschen weitgehend verwehrt sind, diese Realität gilt es aber zu verändern. Deshalb waren wir uns ebenfalls einig, dass wir unsere Zusammenkunft in Leipzig als Start für einen gemeinsamen Prozess begreifen wollen. Wir stellen uns der Aufgabe, diese Forderungen auch stärker politisch hörbar zu machen und unsere Wut und Empörung über die Verbrechen gegen Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen und innerhalb unserer Grenzen in politische Kraft und Aktion zu verwandeln.

Das vielleicht wichtigste Ergebnis unserer Zusammenkunft ist, dass wir uns am 4. September wieder in Berlin treffen wollen, einen Tag nach der bundesweiten Demo gegen Rassismus, die ebenfalls in Berlin stattfindet. Wir hoffen, neue Gesichter und Initiativen begrüßen zu können.

Auf einem Vorbereitungstreffen am 10. Juni in Berlin haben wir vereinbart, dass es bei dem nächsten Treffen am 4. September um unsere weitere Vernetzung und Organisierung und die Frage, wie wir uns mit unseren Anliegen und Initiativen öffentlich sichtbar und hörbar machen können, gehen soll. Weitere Themen sind die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu Fragen, die uns wichtig sind, u. a. Bleiberecht, Abschiebung, Grenzregime, Fluchtursachen und soziale Themen wie menschenwürdiger Wohnraum für alle, Gesundheit, Therapieangebote, Sprachkurse oder Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Attac war an der Vorbereitung und der Realisierung der Welcome2Stay-Zusammenkunft in Leipzig aktiv beteiligt. Wir werden auch am 3. September bei der Demo und beim Konzert „Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!“ und am 4. September beim Folgetreffen von „Welcome2Stay“ in Berlin dabei sein.

Viele Attacies aus den Regionalgruppen sind in lokalen Flüchtlingsinitiativen aktiv. Es wäre gut, wenn Attac auch in den regionalen und bundesweiten Zusammenhängen noch stärker vertreten wäre. Solltet Ihr daran interessiert sein, in diesem Arbeitsfeld auch über die lokale Ebene hinaus mitzuarbeiten, zum Beispiel in der bundesweiten AG „Flucht und Migration“, dann wendet Euch bitte an: w2s-attac@listen.attac.de

Hermann Mahler, Attac-Rat, PG Eurokrise und AG Jenseits des Wachstums

www.welcome2stay.org

Rechtsruck in Österreich

Warum es an der Zeit ist zu handeln

Auch in Österreich engagieren sich Menschen aus Attac für eine zivilgesellschaftliche Antwort auf Migration und Fremdenhass. Lisa Mittendrein ist Sprecherin von Attac.at und schreibt für den Mosaikblog.

Zuerst kamen die Zelte. Bald darauf der Zaun. Dann die aufgezwungenen Wertekurse und die nächste Verschärfung des Asylrechts, eine von vielen. Plötzlich gab es Obergrenzen für Asylanträge und schließlich Massenabschiebungen in Militärflugzeugen.

Seit Monaten erleben wir, wie die Politik die Schrauben des staatlichen Rassismus immer fester anzieht. Dabei macht sie sich die öffentliche Stimmung zunutze und heizt sie zugleich weiter an. Der nächste Schritt ist absehbar: Asylberechtigten Menschen wird die Mindestsicherung gekürzt. Und geht es nach den Konservativen, so soll die Mindestsicherung gleich für alle Familien mit 1500 Euro gedeckelt werden.

Die EntscheidungsträgerInnen gehen vordergründig gegen eine Minderheit vor, doch tatsächlich attackieren sie die breite Bevölkerung insgesamt. Die Eliten zerstören die Solidarität in der Gesellschaft, während Rekordarbeitslosigkeit herrscht und die Armut steigt. Wenn sich alle um die Brösel des Reichtums streiten, lebt es sich an der Spitze umso gemütlicher.

Die herrschende Politik wird von den liberalen MeinungsmacherInnen nach Kräften unterstützt. Der antimuslimische Rassismus, der schon lange vor Köln auch in linken und linksliberalen Milieus existierte, bricht jetzt offen hervor. Selbst „liberale“ Medien machen sich zum Verstärker des Rechtsrutsches, scheinen sich einen Wettlauf um das rassistischste Cover und die brutalste Titelgeschichte zu liefern. „Wir dürfen das Thema nicht den Rechten überlassen“, sagen sie. Doch in der Praxis heißt das: Sie wollen den Rassismus nicht länger den Rechten überlassen. Endlich darf, ja muss ausgesprochen werden, was sich bislang nur die extreme Rechte traute.

Ermutigt von dieser Stimmungsmache wagen einige, den Rassismus selbst in die Hand zu nehmen: Ein Arzt will keine AsylbewerberInnen mehr behandeln. Eine Lokalbesitzerin erklärt ihre Bar für „asylantefrei“. Vor allem muslimische Frauen sind im Alltag ständigen Übergriffen ausgesetzt, Flüchtlingsunterkünften werden immer öfter angegriffen.

Vergleiche mit der Frühphase des Nationalsozialismus machen heute in Österreich die Runde. Geschichte wiederholt sich nicht, doch eines lehrt sie uns eindeutig: Wenn wir den Rechtsruck nicht bald stoppen, können wir die rassistische und autoritäre Wende vielleicht nicht mehr aufhalten. Es ist, als wären wir in einer Schockstarre gefangen. Der Rechtsrutsch geht so schnell vor sich, dass wir uns ohnmächtig fühlen. Wir kommen uns plötzlich ziemlich allein vor. Doch das sind wir nicht.



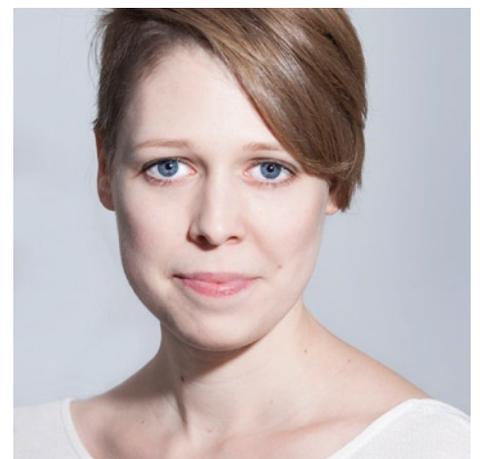
Zehntausende, die im Herbst auf die Straße gingen, sind immer noch da. Die vielen, die oft unsichtbar Solidarität mit Geflüchteten leisten, tun das weiterhin. Diejenigen, denen der Rassismus gilt, organisieren sich zunehmend selbst, um sich zur Wehr zu setzen. AntifaschistInnen schreiten regelmäßig gegen Aktionen der rechtsextremen Identitären ein. Ein großer Erfolg war auch dieses Jahr die Demo gegen den Akademikerball, auf der vermehrt Slogans der Refugee-Bewegung zu hören waren. All das zeigt: Wir sind nicht allein. Was uns fehlt, ist eine organisierende Kraft, die uns verbindet und gemeinsam handeln lässt. Statt eines rein moralischen Anti-Rassismus muss die Solidarität mit von Rassismus Betroffenen Hand in Hand gehen – auch im Kampf um die sozialen Fragen der steigenden Armut und des unerhörten Reichtums, der Rekordarbeitslosigkeit und unbezahlbaren Mieten. Die dafür nötige alternative Kraft müssen wir gemeinsam mit denen aufbauen, die unter der herrschenden Politik am meisten leiden.

Genau dafür haben wir im letzten Jahr mit einem Aufruf auf dem mosaik-blog (www.mosaik-blog.at) einen breiten Diskussionsprozess angestoßen: Es ging uns darum, wie wir gemeinsam politisch aus der Defensive kommen und demokratische, solidarische Alternativen stark machen können. Dazu haben im letzten Jahr mehrere große Treffen

stattgefunden, die wir „Ratschläge“ genannt haben. Mehrere Personen von Attac waren Teil des Ratschlag-Prozesses und bringen sich seither aktiv in das Projekt ein. Am Ende des Prozesses, an dem sich mehr als hundert Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt haben – stand der Entschluss: Wir brauchen ein neues politisches Projekt, wir brauchen einen Aufbruch.

Dieser hat erfolgreich mit einer Aktionskonferenz Anfang Juni in Wien begonnen. Mehr als 1000 Menschen kamen, um gemeinsam über die politische Situation und unsere gemeinsame Kampagne zu diskutieren und gleich mit der Arbeit loszulegen. Inzwischen gibt es vierzig Aufbruch-Gruppen in ganz Österreich – und wir werden jeden Tag mehr.

Aufbruch wird im nächsten Jahr eine große Kampagne machen und dabei die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen über den unerhörten Reichtum, über die Notwendigkeit von guter Arbeit, gutes Wohnen und Mobilität, gute Gesundheitsversorgung und ein soziales Netz für alle sprechen. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit, Rassismus, ökologische Fragen und globale Perspektiven zum Thema machen. Das wichtigste Ziel der politischen Arbeit von Aufbruch ist Raum zu schaffen, so dass sich möglichst viele Menschen engagieren und organisieren können: Denn nur so können wir die Kraft aufbauen und die Handlungsfähigkeit entwickeln, die wir so dringend brauchen.



Lisa Mittendrein, Attac Österreich

www.aufbruch.or.at

Sozialabbau mit der Brechstange

Frankreichs sozialistische Regierung beschließt eine Arbeitsmarktreform am Parlament vorbei



„Aufrecht durch die Nacht“, Foto: Nuit Debout Toulouse/flickr.com

Und aller schlechten Dinge sind – drei. Die französische Regierung hatte es eilig, wirklich sehr eilig damit, das heftig umstrittene „Arbeitsgesetz“ am 19. Juli dieses Jahres auch in vierter Lesung im Blitzverfahren durch das Parlament zu peitschen. Und zum dritten Mal geschah dies unter Ausschaltung wichtiger Abgeordnetenrechte.

Hauptgegenstand des bis zuletzt extrem unbeliebten Gesetzesvorhabens ist die Erleichterung von betriebsbedingten Kündigungen und die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sollen künftig statt auf Branchen- auf Unternehmensebene mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden können. Der geringe Organisationsgrad in der privaten Wirtschaft und die Tatsache, dass in den Betrieben mehrere Gewerkschaften vertreten sein können (CGT, FO, CFDT ...), die nicht immer in die gleiche Richtung ziehen, unterwirft die Beschäftigten faktisch den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeit„geber“.

Diesen ist seit langem die 35-Stunden-Woche ein Dorn im Auge. Und das, obwohl diese Stundenzahl nur im Durchschnitt über einen längeren Zeitraum erreicht werden muss – was noch nie ausgeschlossen hat, dass eine Arbeitswoche 27 Stunden und die nächste 43 Stunden beträgt. Bislang galt, dass der

„Ausgleichszeitraum“ dafür bei einseitiger Festlegung durch den Arbeit„geber“ bis zu einem Monat, bei Einigung mit einer oder mehreren Gewerkschaften dagegen bis zu einem Jahr betragen darf. Künftig kann er, nach dem neuen Gesetz, bis zu zwölf Wochen (per einseitiger Anordnung durch den Arbeit„geber“ oder gar bis zu drei Jahre (bei Einigung mit einer oder mehreren Gewerkschaften) betragen. In diesem Szenario gilt, dass die Überstunden nicht mit einem Aufschlag bezahlt werden, sofern nur irgendwann innerhalb der „Ausgleichs“-Zeitspanne kürzere Arbeitswochen eingelegt werden. Das bedeutet mehr arbeiten für weniger Geld!

Um den Widerstand in der eigenen Partei auszuschalten und der drohenden Abstimmungsniederlage im Parlament zu entgehen, griff Premierminister Manuel Valls am Nachmittag des 19. Juli erneut auf das juristische Instrument des Verfassungsartikels 49-3 zurück. Diese Verfahrensregel erlaubt es, einen Gesetzestext auch ohne Aussprache im Parlament zu verabschieden. Letzteres kann entweder einem Misstrauensvotum mit absoluter Mehrheit zustimmen, oder der Entwurf gilt als verabschiedet.

61 Abgeordnete vom linken Flügel des PS, von den Grünen und der KP haben inzwischen den „Verfassungsrat“, also das französische

Verfassungsgericht angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit prüfen zu lassen. Das Gericht hat einen Monat Zeit, um das Gesetz entweder für verfassungskonform zu erklären, es ganz oder teilweise zu kassieren, oder aber Auslegungsvorbehalte an einzelnen Punkten anzumelden. Danach erst kann der Präsident es unterzeichnen.

Ungeachtet dieses Verfahrens arbeitet das Arbeitsministerium unter Myriam El Khomri unter Hochdruck daran, eine ganze Reihe von Ausführungsdekreten bereits auf Vorrat zu verfassen – noch bevor das Gesetz verabschiedet ist. Auch das ist ein Anzeichen für die enorme Eile der Regierung, die unter Druck der Kapitalverbände und der EU-Kommission steht.

Während die Regierung die Arbeitsmarktreform durch die Institutionen peitscht, haben die Gewerkschaften, Attac und soziale Bewegungen in seltener Einigkeit gegen das Gesetz mobilisiert. In den vier Monaten vom 9. März bis zum 5. Juli haben 12 Streik- und Aktionstage stattgefunden, die Tausende in ganz Frankreich auf die Straße gebracht haben. Und das trotz des seit den Anschlägen von Paris herrschenden Ausnahmezustands und der damit einhergehenden enormen Polizeipräsenz. Besonders stark vertreten sind Oberschüler/innen und Studierende, die ihre berufliche Zukunft von noch mehr Prekarität bedroht sehen. „On vaut mieux que ça“ – „Wir verdienen besseres als das!“ ist ihr Protestruf, mit dem sie sich der Platzbesetzerbewegung Nuit debout („Aufrecht durch die Nacht“) angeschlossen haben. Ein Hauch von außenparlamentarischer Opposition wehte durch Frankreich. Die Teilnehmerschaft ist jedoch auf einen „harten Kern“ von einigen hundert Personen zusammengeschnürt, nachdem von Anfang April bis Anfang Mai regelmäßig um die 3000 Menschen auf den Plätzen waren. Der viestimmige Chor der PlatzbesetzerInnen hat (noch) nicht zu einer politischen Ausdrucksform gefunden.

Derzeit ist in Frankreich politische Sommerpause. Aber für den 15. September wird zu erneuten Demonstrationen für die Rücknahme des Gesetzes aufgerufen.

Bernard Schmid, Jurist und freier Journalist in Paris, mit Spezialgebiet extreme Rechte in Frankreich und Europa

Brexit als Chance für ein anderes Europa?

Globalisierungskritische Reaktionen auf das britische „Leave“

„Die Geister, die ich rief, werd ich nun nicht los“ ... Wie Goethes berühmter Zauberlehrling, so wird sich wohl auch der Ex-Premierminister David Cameron gefühlt haben, als die Ergebnisse der Volksabstimmung über den Verbleib von Großbritannien in der Europäischen Union bekannt wurden: 52 Prozent haben für das Leave gestimmt und damit ganz Europa kräftig aufgerüttelt. Nur die populistische und radikale Rechte ist sich europaweit sicher, dass die Entscheidung Wasser auf ihre Mühlen ist. Schließlich waren neben vielen anderen Motiven rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen ein wesentlicher Grund für das Ergebnis gewesen. Das Blockupy-Netzwerk fasst die Situation so zusammen: „Nachdem die Eliten das Versprechen des sozialen Europas offen gebrochen haben, können die Rechten sich als vermeintlich soziale, aber tatsächlich autoritäre Opposition inszenieren, die nun auch noch sein Freiheitsversprechen kassiert. Gegen die trostlose Gegenwart lassen sie eine noch gewalttätigere Vergangenheit wieder auferstehen.“

Das europäische Attac-Netzwerk hat den Ausgang des britischen Referendums als einen „Weckruf für die führenden Politikerinnen und Politiker Europas“ bezeichnet: „Wir haben genug davon“, heißt es weiter, „von nicht gewählten Institutionen regiert zu werden, die im Interesse von Konzernen statt der Allgemeinheit handeln. Wir sind es leid, dass das Leben der Menschen in Europa vom Willen der Finanzmärkte diktiert wird. Das Versäumnis der EU-Institutionen, den demokratischen Forderungen der Menschen in Europa nachzukommen, hat eine in der Geschichte der EU beispiellose Krise ausgelöst. Wenn sich die EU nicht grundlegend und schnell ändert, wird sie zerfallen.“

Währenddessen befürworten europakritische Linke wie die Socialist Workers Party einen Austritt aus der EU von links, den so genannten Lexit. In ihren Augen sind der Euro und die europäischen Institutionen ein unreformierbares, neoliberales Zwangsregime, das jeden Versuch einer sozialen Politik erstickt – wie letztes Jahr in Griechenland. Dieser Position widerspricht der ehemalige griechische Finanzminister und Mitbegründer des europäischen Netzwerks DIEM25, Yanis Varoufakis. Obwohl Varoufakis seinerzeit gegen den Beitritt Griechenlands zur EU gewesen war, hatte er in Großbritannien für das „IN“ gestritten: „Ob die Befürwortung eines Austritts für die Anhänger der Linken sinnvoll ist, hängt davon ab, inwieweit es in einem von EU-Institutionen befreiten Nationalstaat leichter fällt, eine progressive Agenda

der Umverteilung, der Arbeitsrechte und des Antirassismus durchzusetzen. (...) Aber als Teil dieser EU ist es unwahrscheinlich, dass eine politische Kampagne für den Austritt die nationale Politik in Richtung linker Ziele führt.“

Eine interessante Initiative aus der linksbürgerlichen Mitte vertritt Gerald Häfner, lange Jahre Bundestagsabgeordneter der Grünen und später Mitglied des Europaparlaments. Dort hatte er die Arbeitsgruppe koordiniert, die mit der Kommission die Einführung der Möglichkeit von Europäischen Bürgerinitiativen verhandelte. Er ruft zur Bildung einer europäischen Verfassungsgebenden Versammlung, eines Konvents auf, ohne allerdings die Erfahrungen mit der sich ebenfalls „Konvent“ nennenden Elitenversammlung zu reflektieren, die 2003 die sogenannte „Europäische Verfas-

Teufelskreis und einem neuen paneuropäischen Projekt, das sich den wahren Herausforderungen zuwendet, denen die Menschheit heute gegenübersteht.“

In diese Richtung einer grundlegenden Neugründung der Europäischen Union weist auch ein Positionspapier aus den Arbeitsgruppen von Attac Österreich (Inhaltsgruppe Grundeinkommen) und Deutschland (AG „Genug für alle“) sowie den Netzwerken Grundeinkommen in Österreich, Deutschland und den Niederlanden: Sie fordern als Reaktion auf den Brexit „eine demokratische Europäische Union, in der die EinwohnerInnen über ihre gemeinsamen Arbeits- und Lebensbedingungen entscheiden“, eine Union, „die jedem/r Einwohner*in bedingungslos alle sozialen Grundrechte gewährt, wie das Recht auf



Foto: Stephanie Handtmann

sung“ erarbeitet hatte. Diese war sozusagen das Gründungsdokument der institutionellen Festschreibung des Neoliberalismus in der EU.

Andere Stimmen in der globalisierungskritischen Bewegung setzen darauf, dass „es längst nicht ausgemacht (ist), dass sich die Eliten und der rechte Rand in Zukunft weiter ungestört an die Aufteilung der Welt und die Zerstörung des Wenigen, was an diesem ‚Europa‘ gut war, machen können“ (Blockupy). Der slovenische Philosoph Slavoj Žižek (DIEM25) ruft dazu auf, den Brexit als „eine einmalige Chance“ zu begreifen, „um auf die Notwendigkeit eines radikalen Wechsels zu reagieren“: „Die wahre Teilung unseres Himmels ist nicht zwischen blutarmer Technokratie und nationalistischen Leidenschaften, sondern zwischen ihrem

soziale Sicherheit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, das Recht auf frei gewählte oder angenommene Arbeit, das Recht auf eine bezahlbare Wohnung und die gute Versorgung mit Wasser und Energie, das Recht auf öffentlichen Verkehr, auf umfassende gesundheitliche Leistungen, auf Betreuung von Kindern und älteren Personen, auf Bildung und Kultur, das Recht auf Freizügigkeit und auf Asyl.“ Darüber hinaus müsse „die die Natur und Menschen bedrohende imperiale Ökonomie in eine Ökonomie (ver)wandelt (werden), die die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und den Erhalt der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt.“

Lena Bröckl für die Rundbriefredaktion



Ende Gelände, Foto: 350.org, Paul Levis Wagner



Goldener Aasgeier für Aldi

Rückblick

13. bis 16. Mai 2016

Tausende blockieren Braunkohletagebau in der Lausitz

Mehr als 3500 Menschen – darunter viele Attac-AktivistInnen – blockieren am Pfingst-wochenende erfolgreich den Braunkohletagebau Welzow in der Lausitz. Unter dem Motto „Ende Gelände – Kohle blockieren – Klima schützen!“ hat Attac mit dazu aufgerufen, den Kohleausstieg auch mit den Mitteln des Zivilen Ungehorsams durchzusetzen.

17. Mai 2016

10.000 Organisationen fordern: Finanztransaktionssteuer jetzt!

In einem offenen Brief an die europäischen Staats- und Regierungschefs drängen 10.000 zivilgesellschaftliche Organisationen – unter ihnen Attac – sowie Gewerkschaften und Parteien aus mehr als 20 europäischen Ländern auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer.

25. bis 28. Mai 2016

Gegen CETA und TTIP auf dem Kirchentag

Attac nutzt den katholischen Kirchentag in Leipzig, um über CETA und TTIP aufzuklären und zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen-, Sozial- und Umweltverbänden den Protest gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit einer Demo auf die Straße zu tragen.

27. Mai 2016

Milchpreisdumping: Goldener Aasgeier für Aldi

Als Reaktion auf die jüngsten Milchpreissenkungen verleihen Aktion Agrar und Attac einen goldenen Aasgeier an den Discounter Aldi. In einem offenen Brief fordern sie Aldi auf, die Billigangebote der Molkereien zurückzuweisen.

2. Juni 2016

Gemeinnützigkeit: Attac legt Klagebegründung vor

Attac legt die Begründung seiner Klage gegen den Entzug der Gemeinnützigkeit vor. Die Kernaussage: Politisches Engagement steht einer Gemeinnützigkeit nicht entgegen. Das Gesetz verbietet gemeinnützigen Vereinen keine politischen Aktivitäten, sondern schließt lediglich die Förderung von Parteien aus.

5. Juni 2016

Grundeinkommen: Volksabstimmung in der Schweiz großer Erfolg

Die Volksabstimmung über ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz ist laut Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ ein großer Erfolg – unabhängig von ihrem Scheitern. Denn die ernsthafte Auseinandersetzung der SchweizerInnen mit dem Thema hat die Debatte in ganz Europa befeuert.

10. bis 12. Juni 2016

800 Aktive bei „Welcome2Stay“ – „Willkommen zu bleiben“

„Welcome2Stay“ – „Willkommen zu bleiben“: Unter diesem Motto kommen in Leipzig mehr als 800 Menschen aus Willkommensinitiativen, migrationspolitischen, antirassistischen und selbstorganisierten Gruppen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Sie verbindet das Engagement für gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen. Und sie sind sich einig, dass der Prozess weitergehen wird – zunächst mit einem zweiten Treffen am 4. September in Berlin.

14. Juni 2016

Attac Deutschland solidarisch mit Protesten in Frankreich

Attac Deutschland solidarisiert sich mit den Protesten in Frankreich und verurteilt die zunehmend brutalen Polizeieinsätze. Denn zur Gegenwehr gegen Angriffe der Regierung und der Arbeitgeberverbände auf die Arbeits- und Lebensbedingungen

und zur Entwicklung von Alternativen sind auch demokratische Aufstände notwendig.

15. Juni 2016

Kampagne „Do the CETA Check!“ startet

Mach den CETA-Check: Die Kampagne „Do the CETA Check!“ geht an den Start. Sie ermöglicht es BürgerInnen aus ganz Europa, EU-Abgeordnete zu kontaktieren und ihnen Fragen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) zu stellen. Attac unterstützt die Kampagne als Teil der Allianz „Stop TTIP“, die 2015 mit der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative (EBI) mehr als drei Millionen Unterschriften gegen TTIP und CETA gesammelt hat.

28. Juni 2016

Attac-Konzept für gerechte Erbschaftssteuer

Attac präsentiert einen eigenen Vorschlag für eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer. Das Konzept sieht einen progressiven Steuersatz vor, der zu einer deutlich höheren Besteuerung von Erbschaften großer und größter Vermögen führen würde.

30. Juni 2016

Erbschaftssteuer: Mehr als 140.000 Unterschriften übergeben

Attac, das Netzwerk Steuergerechtigkeit, Campact und Verdi übergeben bei einem Treffen der LänderfinanzministerInnen in Berlin mehr als 140.000 Unterschriften für eine gerechte Erbschaftssteuer. In einer ironischen Aktion feiern dabei als „Superreiche“ verkleidete AktivistInnen die großen Steuer-Schlupflöcher in den Vorschlägen der großen Koalition.

5. Juli 2016

CETA: Malmström will Einführung durch die Hintertür

Die EU-Kommission wird dem europäischen Rat empfehlen, CETA als gemischtes Abkommen einzustufen, das der Zustimmung der nationalen Parlamente bedarf. Das gibt



140.000 Unterschriften gegen Erbschaftssteuer, Foto: Christa Leibing



Volksbegehren gegen CETA, Foto: Tobias Hase

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bekannt. Zugleich verweist sie auf die Möglichkeit, das EU-Kanada-Abkommen noch vor seiner Ratifizierung vorläufig in Kraft treten lassen. Sprich: Die Kommissarin will weiterhin die nationalen Parlamente aushebeln und CETA durch die Hintertür einführen.

8. Juli 2016

Zweite Chance für gerechte Erbschaftssteuer

Der Druck wirkt: Der Bundesrat schickt die Erbschaftssteuer in den Vermittlungsausschuss. Damit eröffnet sich eine zweite Chance für eine gerechte Erbschaftssteuer.

12. Juli 2016

Sanktionen gegen Spanien und Portugal absurd

Die EU-Finanzminister beschließen Sanktionen gegen Spanien und Portugal, weil die Haushaltsdefizite beider Länder über drei Prozent liegen. Dies widerspricht jeder sozialen und ökonomischen Vernunft. Attac fordert die Bundesregierung auf, sich gegen die Sanktionen und für die Abschaffung der Drei-Prozent-Regel einzusetzen.

13. Juli 2016

Ein Koffer voller Milchpulver für den Bundesagrarminister

Aktive von Attac und Aktion Agrar überreichen dem Bundesagrarministerium mehr als 7000 Unterschriften mit Forderungen zur Lösung der Milchkrise. Agrarminister Christian Schmidt erhält zudem einen Aktenkoffer voll transparenter Plastikbeutel mit weißem (Milch-)Pulver.

16. Juli 2016

Volksbegehren gegen CETA: Attac-Gruppen sammeln Unterschriften

Zahlreiche Attac-Gruppen sammeln in Bayern Unterschriften für das von einem breiten Bündnis initiierte Volksbegehren gegen CETA. Bereits am ersten Sammeltag unterschreiben mehr als 50.000 Menschen – ein Rekord.

Ausblick

2. September 2016

Blockupy blockiert das Arbeitsministerium

Das Blockupy-Bündnis ruft zu Aktionen gegen die Akteure der europäischen Verarmungs- und Spaltungspolitik auf. Höhepunkt soll eine Blockade des Bundesarbeitsministeriums in Berlin sein. Dieses soll unter anderem als „zentraler Ort der europäischen Politik von Prekarität und Verarmung und des Exports der Agenda“ markiert werden.

3. September 2016

Demo und Konzert „Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!“

Kurz vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gilt es, klar Farbe zu bekennen gegen Rassismus und rechte Hetze: Unter dem gleichnamigen Motto ruft das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!“ zu einer Demonstration mit Konzert in Berlin auf. Attac gehört dem Bündnis an und mobilisiert mit nach Berlin.

www.aufstehen-gegen-rassismus.de

4. September 2016

Folgetreffen „Welcome2Stay“ in Berlin

Einen Tag nach der Demo „Aufstehen gegen Rassismus“ geht es beim Folgetreffen von „Welcome2Stay“ in Berlin darum, wie sich gleiche politische und soziale Rechte und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen, die hier leben, durchsetzen lassen.

www.welcome2stay.org

17. September 2016

Aktionstag gegen CETA und TTIP in sieben Städten

Die Auseinandersetzung um die Freihandelsabkommen CETA und TTIP geht nach den Sommerferien in die heiße Phase. Jetzt heißt es dran bleiben. Unter dem Motto „CETA und TTIP stoppen! – Für einen gerechten Welthandel!“ trägt

Attac zusammen mit einem breiten Bündnis den Widerstand gegen die Abkommen in die Breite: mit bundesweit sieben Großdemonstrationen in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart.

www.ttip-demo.de

3. Oktober 2016

Tagung „Kohleausstieg jetzt“ in Köln

Trotz aller Klima-Rhetorik: Kohle – eine der klimaschädlichsten Energiequellen – ist weltweit auf dem Vormarsch. Um das 1,5-Grad-Ziel erreichen zu können, müsste der weltweite Ausstieg bis 2030 passieren. Wie kann der Umbau sozial gerecht gelingen, und was können Bewegungen aus verschiedenen Ländern voneinander lernen? Diese Fragen werden auf der Tagung „Kohleausstieg jetzt – der erste Schritt zur sozial ökologischen Transformation?“ in Köln diskutiert.

28. bis 30. Oktober 2016

Attac-Herbstratschlag in Frankfurt am Main

Das Attac-Netzwerk trifft sich zum Herbstratschlag in der Waldorfschule in Frankfurt am Main. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Neben inhaltlichen und strategischen Entscheidungen stehen die Verabschiedung des Haushalts und Wahlen der bundesweiten Gremien an. Weitere Infos demnächst.

www.attac.de/ratschlag

29. Oktober 2016

Tagung „Eine andere Kommune ist möglich!“ in Dortmund

Wie steht es um die finanzielle Situation der Kommunen in Deutschland? Was tun gegen die Überschuldung vieler Städte und Gemeinden? Wie lässt sich dem permanenten Privatisierungsdruck standhalten? Und wie der Wohnungsnot begegnen? Das sind nur einige der Themen der Kommunitagung von Attac in Dortmund.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

„Ungerechtigkeit ist für mich unerträglich“

Elke Ebeling engagiert sich bei Attac Wiesbaden für Geflüchtete und mehr Solidarität

Elke Ebeling war bis zu ihrem Ruhestand in einem Fachverlag tätig und ist in der Attac-Gruppe Wiesbaden aktiv. Dort organisiert sie viele Veranstaltungen mit; aktuell steht vor allem das Thema Flucht und Migration auf dem Programm der Gruppe.

Elke, Du bist schon sehr lange, seit 2003 in Deiner Attac-Gruppe aktiv. Was war für Dich der Anlass, Dich bei Attac zu engagieren?

Ich bin 2003 durch einen Flyer auf die Attac-Gruppe in Wiesbaden aufmerksam geworden und seitdem besuche ich auch die regelmäßigen Treffen. Die Ungerechtigkeit weltweit, die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich war und ist für mich unerträglich. Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig, und gegen diese Ohnmacht will ich etwas tun. Deshalb engagiere ich mich politisch. Und da ich nicht nur die politische Ebenen verstehen, sondern auch wissen wollte, was treibt die Menschen an, woher kommen Gier und mangelnde Solidarität, bin ich auch Mitglied der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft geworden. Diese beiden Themen, Politik und Psyche, gehören für mich zusammen. Auch Erich Fromm hat sich ja zeitlebens politisch engagiert, zum Beispiel in der Friedensbewegung.

Außerdem liegt mir auch viel an der Verknüpfung von Kunst und Politik. Wir hatten in Wiesbaden einige Jahre eine eigene Kabarett-AG, die nannte sich KabarAttac. Es hat Spaß gemacht, globalisierungskritische Themen satirisch auf der Bühne zu präsentieren, ob im Pariser Hoftheater in Wiesbaden oder in Gemeindesälen rund um Frankfurt.

Was sind bei Euch in Wiesbaden die Schwerpunkte Eurer Arbeit?

Wir organisieren häufig Vorträge mit tollen Referenten, um unsere Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Besonders erfolgreich und brechend voll waren dabei die Veranstaltungen mit Heiner Geißler und mit Jakob von Uexküll. Gerade von Uexküll hat mich dabei besonders begeistert – ich war von seiner Arbeit und seiner Organisation „World Future Council“ sehr beeindruckt. Da schließt sich bei mir natürlich auch wieder ein Kreis, denn er ist Erich-Fromm-Preisträger. In letzter Zeit spielt in unserer Arbeit auch die Flüchtlingsthematik eine starke Rolle.

Was gab in Eurer Gruppe den Ausschlag, Euch damit zu beschäftigen? Was habt Ihr dabei für Erfahrungen gemacht?

Die Flüchtlingsthematik und wie unsere Stadt damit umgeht, hat uns schon lange



interessiert, vor allem, als dann im ehemaligen Army-Hotel ein Flüchtlingsaufnahmelaager eingerichtet wurde. Wir haben überlegt, wie wir uns aktiv einbringen können. Mit zwei von uns organisierten Veranstaltungen – eine mit Andreas Zumach zu Flüchtlingen, Terror und Krieg, eine mit Harald Glöde von *borderline europe* / Menschenrechte ohne Grenzen – haben wir Fragen zu Fluchtursachen und der Verantwortung Europas öffentlich thematisiert.

Bei unserer dritten Veranstaltung kam uns dann der Zufall zu Hilfe, denn ich habe über die Zeitung erfahren, dass Aeham Ahmad, der Beethoven-Preisträger 2015, in einem Wiesbadener Flüchtlingsheim ist. Er hatte gerade ein bewegendes Konzert im Kunstverein gegeben, daraufhin haben wir ihn angefragt, ob er auch für uns ein Konzert geben will. Das hat er sehr gerne getan, so ist er im Mai im Georg-Buch-Haus aufgetreten. Immer wieder erzählte er zwischen den Musikstücken über seine Flucht, seinen Schmerz, über das, was gerade in Syrien passiert und dass seine Frau mit zwei kleinen Kindern und sein Vater noch in Jarmuk (Damaskus) sind. Während des Konzerts hat er sich immer wieder bei Attac bedankt, dass er für uns spielen durfte, dabei müssen wir uns bei ihm bedanken, für dieses wunderbare Konzert. Wir hatten auch andere Flüchtlinge eingeladen, es kamen auch Familien, und auch ihre Deutschlehrerin haben sie mitgebracht. Da er keine Gage annehmen durfte, haben wir die Spenden an die Attac-Mitgliedsorganisation *medico international* gespendet. Mittlerweile hat er einen Flüchtlingsstatus, darüber sind wir sehr froh. Ein paar Tage später wurden er und andere Flüchtlinge von der Bundeskanzlerin eingeladen, er konnte persönlich mit ihr ein paar Worte wechseln

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10



und hat dabei wohl auch das Attac-Konzert in Wiesbaden erwähnt.

Wie geht es mit Deinem Engagement weiter? Wie in Eurer Gruppe?

Seit kurzem bin ich im Ruhestand, so dass ich noch mehr Zeit habe mich zu engagieren. Wir werden weitermachen mit unseren Vorträgen zu aktuellen politischen Themen, denn wir haben dafür gute Voraussetzungen: Die Stadt Wiesbaden stellt ihren Bürgern für nicht-kommerzielle Veranstaltungen kostenlos Bürgerhäuser zur Verfügung, mit guter technischer Ausstattung und sogar hausmeisterlicher Unterstützung. Und durch unsere Veranstaltungserfahrungen haben wir inzwischen einen großen Adressverteiler aufgebaut, den wir für unsere Veranstaltungen nutzen – so sind die fast immer gut besucht. Im Augenblick planen wir eine Veranstaltung im Februar mit Tilman Santarius von Germanwatch zum Thema Degrowth. Außerdem organisieren wir wieder globalisierungskritische Stadtrundgänge, zwei oder drei pro Jahr.

Wünschen würde ich mir, Theaterstücke oder Kabarettisten zu uns einzuladen. Mit Kulturveranstaltungen erreicht man wieder ein ganz anderes Publikum, und ich denke, Menschen in einer anderen Form zu informieren könnte sehr wirksam sein.

Was wünschst Du Attac für die Zukunft?

Es wäre toll, wenn sich noch mehr junge Leute in Attac engagieren würden. Eigentlich ist die jährliche Sommerakademie dafür geradezu der beste Einstieg; wir sollten darüber nachdenken, wie wir junge Menschen mehr für die Sommerakademie interessieren können.

Interview: Jule Axmann

Ausstieg aus der Kohle – jetzt!

Erfolgreiche Blockadeaktionen bei „Ende Gelände“ in der Lausitz



Foto: Channah Peepovicz

Am Pfingstwochenende vom 13. bis 16. Mai haben rund 4000 Menschen an den Aktionen von „Ende Gelände“ in der Lausitz teilgenommen, um gegen den Abbau und die Verbrennung von Kohle und für Klimagerechtigkeit zu demonstrieren. Dorothee Häussermann, Vertreterin der Attac-AG Energie, Klima, Umwelt im Bundeskoordinierungskreis, hat die Aktionen mit vorbereitet.

Vor ab noch mal herzlichen Glückwunsch zu Eurem tollen Erfolg in der Lausitz!

Ja, wir waren alle überwältigt, es sind fast doppelt so viele Menschen gekommen wie wir erwartet hatten; Menschen aus ganz Europa. Es waren zum Beispiel Gruppen aus Tschechien da, die Druck auf den Investor EPH machen wollen, der die Braunkohlebergwerke in der Lausitz weiter betreiben will, und andere aus Schweden, die verhindern wollten, dass der Verkauf von Vattenfall an EPH über die Bühne geht.

Während unserer Aktionen ist es uns gelungen, den Betrieb des Tagebau Welzow-Süd für 48 Stunden zu blockieren. Dadurch musste das Kraftwerk Schwarze Pumpe – eines der dreckigsten in Europa – seinen Betrieb herunterfahren. Das konnte man an den abnehmenden Rauchfahnen direkt sehen. Ein tolles Gefühl!

Ende Gelände war keine Einzelaktion, sondern Teil einer globalen Bewegung: Break free from Fossil Fuels. Im Mai haben weltweit koordiniert Aktionen stattgefunden, um Klimagerechtigkeit und den Ausstieg aus fossilen Energien zu fordern – zum Beispiel auf den Philippinen, in Nigeria, in Kanada. In Australien wurde der weltgrößte Kohlehafen zu Land und mit Kanus blockiert, es gab Aktionen in der Türkei und in Wales. Überall organisieren sich Menschen um Druck zu machen, dass der Rest an Kohle, Öl und Gas unter der Erde bleibt, um den Klimawandel zu stoppen, bevor es zu spät ist.

Erzähl von den Aktionen und der Stimmung vor Ort.

Es gab gleichzeitig ganz viele verschiedene Aktionen von zivilem Ungehorsam. Manche Gruppen haben Braunkohlebagger besetzt, andere sind auf Verladekräne und Förderbänder geklettert, andere haben sich an Gleise oder in Betonpyramiden festgekettet. Kletterteams haben sich von Brücken abgeseilt. Parallel dazu gab es eine Demo von Umweltverbänden, die sich mit unseren Aktionen solidarisch geklärt haben.

Unter den Aktivisten gibt es viele junge Menschen, aber auch viele ältere „Aktionsneulinge“, also Leute, die noch nie an politischen Aktionen teilgenommen haben, aber hier entschlossen das Motto „Kohleausstieg ist Handarbeit“ umgesetzt haben.

Natürlich war die Logistik ein wenig angespannt, mit so vielen Menschen hatte ja niemand gerechnet. Aber die breite Vorbereitungsstruktur und die unglaubliche praktische Solidarität der TeilnehmerInnen haben auch hier getragen. Vielleicht war die eine oder andere Suppe ein wenig dünner als geplant, aber es sind alle satt geworden. Auch die Menschen auf den Blockaden wurden mit Essen und Material versorgt. Dafür gab es spezielle Logistikgruppen. Aber die Nächte im Mai waren schon verdammt kalt (lacht).

Wie sind Eure Aktionen in der Region aufgenommen worden?

Gut und nicht so gut: Wir haben in der Region viel Unterstützung erfahren, besonders von der Gemeinde Proschim, die uns den Platz zur Verfügung gestellt hat. Und von Menschen, deren Dörfer vom Tagebau bedroht sind.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Stimmen, die Aktionen des zivilen Ungehorsams ablehnen. Und da sind die Arbeiter, deren Jobs vom Tagebau und der Kohleverstromung abhängen. Die ganze Region ist ja total abhängig davon – was zeigt, dass wir dringend Antworten finden müssen auf die Frage der sozialen

Sicherheit. Und auch ganz neu nachdenken müssen über das Thema Arbeit. Eine neue böse Erfahrung waren die tätlichen Übergriffe von rechtsgerichteten Braunkohlebefürwortern, die Menschen auf dem Klimacamp, den Blockaden und auch PressevertreterInnen massiv bedroht haben. Eine Person wurde verletzt. Dazu kam eine regelrechte Hetzkampagne gegen Ende Gelände – von Vattenfall-gesponserten Pro-Kohle-Initiativen, die schon im Vorfeld der Aktion vor „Gewalt“ warnten, bis hin zu Vorwürfen des „Öko-Terrorismus“ von Teilen der Lokalpresse und der AfD.

Ende Gelände – 2015 in Garzweiler, 2016 in der Lausitz – das sind ja keine reinen Attac-Aktionen, sondern sie werden von einem breiten Bündnis getragen. Welche Rolle hat Attac darin und was ist unser spezifischer Beitrag?

Die EKV-AG ist seit 2012 aktiv bei den Klimacamps im rheinischen Kohlerevier. Wir haben das Thema in Attac hineingetragen und Ende Gelände von Anfang an aktiv unterstützt.

Der besondere Beitrag von Attac ist die „Zwitterrolle“ zwischen sozialen Bewegungen, NGOs und Verbänden. Wir haben hartnäckig an Türen geklopft und Menschen miteinander ins Gespräch gebracht, die vorher nicht zusammen gearbeitet haben. Der zweite wichtige Beitrag ist die Verbindung des Klimathemas mit der sozialen Frage. Der ökologische Umbau muss sozial abgefedert werden, wenn wir die Menschen mitnehmen wollen – damit genau diese Konflikte wie in der Lausitz nicht passieren. Genau zu diesem Thema des sozial verträglichen Kohleausstiegs organisiert Attac im Oktober eine Tagung.

Wie geht es nach diesem tollen Erfolg nun weiter?

Nächstes Jahr werden wir wieder ins rheinische Kohlerevier gehen. Dort wollen wir ein „Flächenkonzept“ im Stil des Wendland-Widerstandes anstoßen, also ein Konzept, in das sich ganz unterschiedliche Gruppen und Organisationen je nach ihren Stärken einbringen können: Menschen vor Ort, die lokalen Bürgerinitiativen, Umweltverbände; es ist Raum für Kleingruppenaktionen, Massenaktionen zivilen Ungehorsams, Demonstrationen, Kulturveranstaltungen. Am letzten Oktoberwochenende wird es dazu in Köln eine Aktionskonferenz geben.

Wer nicht so lange warten will, dem kann ich das Klimacamp empfehlen, das vom 19. bis 29. August in Erkelenz stattfinden wird und die Degrowth-Sommerschule, mit konkret erlebbaren Alternativen und Bildungsangeboten.

Interview: **Lena Bröckl**

www.ende-gelaende.org

Wir gehen aufs Ganze!

Attac kämpft weiter für die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit



Foto: Stephanie Handtmann

Nach der endgültigen Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt Frankfurt hat Attac Klage beim Hessischen Finanzgericht eingereicht. Unsere Klagebegründung hat es in sich: Ihr Herzstück zielt direkt auf die Fehlerhaftigkeit des Anwendungserlasses, denn dieser wurde offensichtlich am Gesetz vorbei entwickelt. Anders als die Finanzbehörden es behaupten, verbietet die Abgabenordnung (AO) als Gesetzesgrundlage gemeinnützigen Vereinen **nicht** die Ausübung politischer Aktivitäten – sie schließt lediglich die Förderung von politischen Parteien aus, und selbst das Finanzamt hat bestätigt, dass Attac

dies nicht tut. Es beruft sich in seiner Bewertung der Attac-Aktivitäten vielmehr auf den Anwendungserlass des Bundesfinanzministeriums, nach dem gemeinnützige Organisationen nur im Einzelfall zur politischen Willensbildung beitragen dürften. Diese Auslegung widerspricht allerdings Wort und Sinn der Abgabenordnung.

In der Klagebegründung führt Attac zudem aus: „Die Förderung gemeinnütziger Zwecke im Sinne [...] der Abgabenordnung ist, wie auch ein Blick auf andere unzweifelhaft gemeinnützige Organisationen zeigt, ohne politische Aktionen, ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung

überhaupt nicht denkbar“. Unsere Argumentation gegen die Aberkennung folgte von Anfang an der Linie, dass die gemeinnützigen Zwecke Förderung der Bildung und des demokratischen Staatswesens ohne ein Agieren im politischen Raum weder denkbar noch umsetzbar sind. Denn konkrete Attac-Aktivitäten und -Kampagnen wecken das Interesse der Menschen an Themen, die das Gemeinwohl betreffen und dienen damit dem gemeinnützigen Zweck Bildung. Gleichzeitig fördern sie das demokratische Staatswesen, weil durch Engagement und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine Demokratie erst lebendig wird.

Das Finanzgericht in Kassel wird nun entscheiden müssen, ob das Gesetz durch den Anwendungserlass als Grundlage der Bewertungspraxis der Finanzämter falsch ausgelegt wird. Über unseren Fall hinaus wird die Entscheidung des Gerichts eine weitreichende Bedeutung für die Zukunft zivilgesellschaftlichen Engagements haben – denn viele andere gemeinnützige Vereine, deren Arbeit gesellschaftspolitische Fragen berührt, sind ebenfalls bedroht. Attac erfährt daher in dieser Auseinandersetzung neben der solidarischen Unterstützung durch seine Mitglieder auch breite Rückenstärkung durch andere Organisationen.

Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro

www.attac.de/klagebegrueundung

Aufstehen gegen Rassismus

Breites Bündnis lädt zu Aktionen gegen Rechtspopulismus ein

Nach den Landtagswahlen im März 2016 hat sich das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ gegründet, um dem zunehmenden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und speziell dem Aufstieg der AfD etwas entgegenzusetzen. Es wird von einer Vielzahl von Organisationen, darunter auch Attac, getragen. Außerdem beteiligen sich zahlreiche Einzelpersonen.

Zum Auftakt fand Ende April in Frankfurt am Main eine Aktionskonferenz mit über 600 TeilnehmerInnen aus knapp 150 Orten statt. Als zentrale Kampagnenelemente wurden Aktionen im Vorfeld der nächsten Wahlen sowie die Ausbildung von 10.000 StammtischkämpferInnen beschlossen. Letztere findet im Rahmen von eintägigen Workshops statt, in denen geübt wird, kompetent

gegen rassistisches Verhalten im Alltag zu intervenieren.

Im Juli fanden in Berlin, Frankfurt, Leipzig und München Regionalkonferenzen von „Aufstehen gegen Rassismus“ statt. Dort wurden lokale Strategien gegen AfD und Co. diskutiert und eine erste bundesweite Mobilisierung geplant. Parallel wurden TeamerInnen für die StammtischkämpferInnen-Workshops geschult. Nach der Sommerpause folgen Regionalkonferenzen in NRW, Hannover, Koblenz und anderen Städten.

Im September wird in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewählt. Gerade die Wahlen in Berlin dürften eine Signalwirkung für die weitere Entwicklung der AfD haben. Daher mobilisiert das Bündnis für den 3. September bundesweit dorthin.

Mit einem Konzert und einer Demonstration soll ein klares Zeichen gegen Rassismus gesetzt und die Stimmung in der Stadt mit geprägt werden.

Letztlich wird es aber auf das Engagement vieler Menschen in ihrem Umfeld ankommen. Attac-Gruppen können in den kommenden Monaten – am besten zusammen mit anderen Organisationen – eine StammtischkämpferInnen-Schulung vor Ort organisieren. Aber auch Einzelpersonen können aktiv werden. Wer eine Schulung besuchen oder bei sich in der Region organisieren möchte, kann sich bei Holger Oppenhäuser im Attac-Bundesbüro melden (bildung@attac.de). Aktuelle Infos über die weiteren Aktivitäten des Bündnisses gibt es unter:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Neues Attac- Bildungsmaterial

„TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?“

Unter dem Motto „Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ veröffentlicht Attac regelmäßig Bildungsmaterialien für Schule und außerschulische Bildungsarbeit zu aktuellen Themen. Jetzt ist das Material zum Thema Freihandel erschienen.

Nicht nur TTIP ist in die Diskussion gekommen, sondern auch weitere Handelsabkommen der EU wie CETA (mit Kanada), TiSA (mit den USA und 21 weiteren Staaten) und EPAs (mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik). Aber worum geht es in diesen Verträgen eigentlich? Welche Interessen stehen dabei auf dem Spiel? Und nicht zuletzt, wie kann ein so abstraktes Thema wie internationale Handelsverträge so mit Lerngruppen bearbeitet werden, dass sie sich über ihre eigenen Interessen in diesem Zusammenhang klar werden und Wege erkennen können, sich dafür stark zu machen? Das Material „TTIP & Co: Handelsvertrag sticht Demokratie?“ bietet verschiedene Vorschläge für Aktivitäten wie ein Statuentheater oder ein Meinungsbarometer kombiniert mit Arbeitsblättern zu unterschiedlichen Teilfragen. In



Modul I geht es primär um die ökonomischen Fragen im Feld der Handelspolitik: Welche Interessen spielen hier eine Rolle, in welchem

Verhältnis stehen sie zu ökonomischen Theorien und welche Machtasymmetrien zwischen Staaten (blöcken) oder gesellschaftlichen Interessengruppen sind relevant?

Modul II thematisiert die primär politischen Fragen: Was bedeuten vertraglich vereinbarte Privatisierungen, Schiedsgerichte oder regulatorische Kooperationen in Hinblick auf demokratische Entscheidungsprozesse und die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter Interessen? Grundsätzlicher gefasst: Wie

demokratieverträglich sind Handelsverträge in ihrer heute dominanten Form?

Mehr Infos zum Bildungsmaterial von Attac unter www.attac.de/bildungsangebot/bildungsmaterial

Bestellungen online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,
Karsten Peters, Werner Rätz,
Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

**Umgezogen?
Adresse falsch?**

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für einen gerechten Welthandel: CETA und TTIP stoppen!



Im Herbst will die EU-Kommission Fakten schaffen und CETA, das Handelsabkommen mit Kanada, unter Dach und Fach bringen. Zeitgleich sollen die Verhandlungen zu TTIP in die heiße Phase gehen. CETA dagegen ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen.

CETA dient als Blaupause für TTIP – deshalb ist unser Protest gerade jetzt so wichtig. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern, ganz so, wie es auch bei TTIP geplant ist. Wir wollen unseren Protest noch weiter verstärken: Mit Großdemonstrationen in sieben Städten werden wir am Samstag, dem

17. September ein starkes Zeichen setzen. Vor Ort arbeiten die regionalen Bündnisse mit intensiver Unterstützung des bundesweiten Demo-Bündnisses bereits kräftig daran, diese Demos kurz nach der Sommerpause zu realisieren – mit großem Engagement von Attacies auf allen Ebenen. Kommt zu einer der Demos in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Köln, Leipzig, München oder Stuttgart! Unterstützt uns mit einer Spende, denn die Vorbereitungen kosten Zeit und Geld!

CETA und TTIP stoppen – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Gegen diese Entscheidung klagt Attac vor dem Finanzgericht; bis zum Abschluss des juristischen Verfahrens bzw. der Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ BIC _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent _____

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen) _____ ggf. Stichwort
RBF1603

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen) _____

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
D E _____ 06

Datum _____ Unterschrift(en) _____

SPENDE